Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung oder der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unabwendbarer Störungen der Betriebs der Zeitungen, der Lieferanten oder der Zustellungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner ist der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelnummerpreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Unfrankierte Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin SW. 68.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts-Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Königliche Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Inseratenpreis 2 Pfg. für die 6-gespaltene Kleinzeile oder deren Raum, Lokalzeile 15 Pfg., Reklamen 45 Pfg., alles mit 25% Teuerungszuschlag. Zeitraub- und tabellarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresverträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Grundzeile 60 Pfg. bez. 45 Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 5 Mk. für die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Gerichtl. Platzvorschrift 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netzpreise haben nur bei Barzahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit; längerer Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen verch. Inserenten bedingen die Berechnung des Brutto-Zeilenpreises. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 28. | Sonnabend den 2. Februar 1918. | 77. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Zusammenbruch aller italienischen Angriffe.

Die Massen — und die andern.

Es hat alles nichts genutzt, soviel Mühe man sich auch gegeben hat, die Arbeiter von dem Betreten des in Österreich beschrittenen Weges zurückzuhalten: in Berlin haben sie zum Teile die Arbeit niedergelegt, und ihrem Beispiel sind natürlich auch andere Gegenden des Reiches gefolgt. Von einem Generalstreik, wie er von den Gesinnungsgenossen der Bolschewisten frohlockend angekündigt wurde, ist allerdings nicht im entferntesten die Rede, aber eine Massenbewegung ist über uns gekommen, das läßt sich nicht leugnen, und wir haben die Aufgabe, sie zu überwinden, und zwar so rasch wie möglich zu überwinden.

Für die Bekämpfung von Gefahren, wie sie hier an unserem innerpolitischen Horizont aufgestiegen sind, bieten sich in gewöhnlichen Zeitläuften zwei Wege dar: entweder man sucht sie durch halbes oder ganzes Entgegenkommen zu beschwören, man schließt Kompromisse und vertagt die volle Austragung der Streitpunkte auf eine unbestimmte Zukunft; oder man nimmt den grundsätzlichen Kampf auf, der mit der Entfachung von Arbeitskonflikten so gut wie regelmäßig angeboten wird, und stellt Macht gegen Macht in der Überzeugung, daß es für beide Teile besser sei, ohne Verzug zu einer klaren Entscheidung zu kommen. Im Frieden wird das Mittel der Verständigung im allgemeinen vorgezogen. Im Kriege sollte eigentlich der Burgfrieden regelrechte Arbeitseinstellungen hintanhalten, und er hat auch, solange die Parteien an ihm festhielten, im großen und ganzen seine Schuldigkeit getan. Leider sind wir längst über ihn hinausgewachsen. Man hat ihn zum alten Eisen geworfen, während unsere Feldgrauen draußen noch schwere Kämpfe zu bestehen haben, und damit im Innern die heftigsten Zerwürfnisse entfesselt, in denen nachgerade jede Besinnung verloren zu gehen droht. Die Regierung hat es an Nachgiebigkeit gegenüber den Stürmern und Drängern, trotz der ursprünglichen Abmachung, daß die geforderte „Neuorientierung" erst nach dem Kriege ins Werk gesetzt werden sollte, nicht fehlen lassen. Sie hat, von nebensächlichen Dingen abgesehen, in der Wahlrechtsfrage alle Wünsche erfüllt, die von den Wortführern der breiten Massen zur Forderung des Tages erhoben wurden, sie hat Vertrauensmänner der Parteien auf wichtige Ministerposten berufen, ja der Reichskanzler ließ sich mit ihnen in Verhandlungen über die Grundlinien seines Regierungsprogramms ein, und führte, ehe er die Reichsgeschäfte übernahm, eine Einigung mit der Reichstagsmehrheit herbei, von der alle Beteiligten hofften und zusagten, daß sie bis zur glücklichen Beendigung des Krieges vorhalten und diese gewährleisten sollte. Sie umschloß auch die Grundlagen unserer Friedensbedingungen — kurz, wenn je eine Regierung handgreifliche Beweise für ihre Entschlossenheit geliefert hat, in voller Übereinstimmung mit den zu ihrer Unterstützung bereiten Parteien die vor ihr liegenden Aufgaben zu lösen, so die Regierung des Grafen Hertling.

Und nun diese Herausforderung durch einen Massenstreik, wie Deutschland ihn wohl kaum schon jemals erlebt hat! Nicht um der Verbesserung irgendwelcher Arbeitsbedingungen willen ist er vom Zaun gebrochen worden; politische Forderungen sind es, mit denen man der Regierung unter die Augen treten möchte und deren Aufstellung das schärfste Mißtrauensvotum gegen den Kanzler und alle seine verantwortlichen Mitarbeiter bedeutet. Seine Versprechungen, seine feierlichen Erklärungen, ja seine schon durch Handlungen bekräftigten Willensäußerungen werden für nichts erachtet, ein kaudinisches Joch wird für ihn aufgerichtet, unter das er sich beugen soll, und lieber läßt man die Söhne und Brüder im Felde schmählich im Stich, als daß auf die Machtprobe verzichtet wird, zu der man sich durch das unwiderstehliche Beispiel ausländischer Arbeiterschaften angereizt fühlt. Da konnte es allerdings für die Regierung kein Schwanken geben. Das Ansehen und die staatliche Gewalt, über die sie verfügt, wären rettungslos den Massen ausgeliefert worden, wenn sie jetzt nur das leiseste Zeichen von Schwäche gegeben hätte.

Die Massen — mit diesem Schlagwort soll der Eindruck erweckt werden, als wenn das ganze Volk hinter den selbstbewußten Wortführern der ewig Unzufriedenen stände. In Wirklichkeit haben sie nur eine Minderheit ihrer eigentlichen Gefolgschaft hinter sich, und diese wiederum stellt auch ihrerseits nur eine Minderheit des Volksganzen dar. Aber die gewohnheitsmäßigen Schreier lassen sich durch solche optischen Täuschungen in ihrem Treiben nicht beirren, während die Stillen im Lande erst dann den Mund auftun, wenn ihnen das Wasser bis zum Halse reicht. Zu ihrem Anwalt hat die Regierung sich diesmal aufgeworfen. Es muß wirklich schon schlimm stehen um unsere öffentlichen Zustände, wenn sie allen gutgemeinten Ratschlägen, sie möge doch ja nicht die Psychologie der Masse außer acht lassen bei dem, was sie tue, ihr Ohr verschließt und statt dessen so handelt, wie die Psychologie — der andern es ihr zur Pflicht macht. Ja, sie braucht gar nicht einmal hinzuhören auf das, was namens der bürgerlichen Kreise von ihr verlangt wird. Ihr eigenes Gewissen weist ihr den richtigen Weg, und wir wollen einmal sehen, wer den Mut finden sollte, sie um deswillen zu tadeln, weil sie ihn beschreitet, ohne nach rechts und nach links zu schauen. An der Front lechzt alles nach Einheit und Geschlossenheit in der Heimat und uns zu Hause tut nichts dringender not als eine kraftvolle, zielbewußte Führung. Wer sie uns gibt, der hat von vornherein gewonnenes Spiel. Es ist wieder einmal eine Bürgerkrone zu vergeben in Deutschland. Wird Graf Hertling sie zu erringen wissen?

Dr. Sy.

Der Krieg.

Ludendorff über das Kriegsende.

Im bayerischen Landtage teilte der Abg. Dr. Schlittenbauer mit, daß er und Dr. Heim im Großen Hauptquartier von Hindenburg und Ludendorff empfangen worden seien und daß, als davon gesprochen wurde, die Oberste Heeresleitung zögere das Kriegsende hinaus, Ludendorff folgende Antwort gegeben habe:

Glaubt denn irgendein vernünftiger Mensch, daß wir beide, auf deren Schultern eine so ungeheure Verantwortung lastet, auch nur einen Tag länger diese Verantwortung tragen wollten, wenn es nicht die Sicherheit des deutschen Volkes und die Lebensinteressen des Reiches verlangen würden?

Es ist gut, daß diese selbstverständliche Tatsache aus dem Munde des Mannes, zu dem das gesamte Volk mit unbegrenztem Vertrauen aufblickt, gerade in diesen Tagen ihre Bestätigung findet.

Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Erklärungen über die Ukraine.

Brest-Litowsk, 31. Januar.

Unter dem Vorsitz des türkischen Großwesirs Talaat Pascha fand hier eine Vollsitzung statt, in der zunächst einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt wurden, die sich auf die Zusammensetzung der Delegationen bezogen.

Der Streit in der Ukraine.

Volkskommissar Trotzki teilte mit, daß in der russischen Delegation insofern eine Änderung eingetreten sei, als drei Mitglieder der Räteregierung der Ukraine hinzugekommen seien. Im Anschluß an diese Mitteilung gab Trotzki eine Darstellung der Lage in der Ukraine. Danach führen die ukrainischen Räte der Soldaten-, Arbeiter- und Bauerndeputierten einen entschiedenen Kampf gegen die Kiewer Rada, der sich immer mehr zugunsten der Partei der Räte gestalte. Am Tage der Abreise Trotzkis aus Petersburg sei auf direktem Drahte aus Kiew gemeldet worden, daß das Kiewer Generalsekretariat zurückgetreten sei. Welche Lösung die Krise in der Kiewer Regierung gefunden habe und welchen Einfluß sie auf die Delegation des Herrn Holubowycz ausüben werde, sei noch nicht bekannt, doch gehe aus dem Dargelegten jedenfalls hervor,

daß ein mit der Delegation des Kiewer Sekretariats abgeschlossener Frieden unter den augenblicklichen Verhältnissen keinesfalls bereits als ein Frieden mit der ukrainischen Republik angesehen werden könne.

Wenn die Delegation des Herrn Holubowycz nach wie vor ein Mandat des Kiewer Sekretariats habe, so erhebe seine Delegation keinen Einspruch.

Jedenfalls aber könnten nur solche mit der Ukraine getroffenen Abkommen anerkannt werden, welche durch die Regierung der föderativen Republik Rußland ihre formelle Bestätigung fänden.

Nach einer kurzen Erklärung eines Vertreters der ukrainischen Delegation, daß er sich Erklärungen zu Trotzkis Ausführungen nach Rückkehr der Kiewer Delegation vorbehalte, befürwortete

Staatssekretär v. Kühlmann

die Vertagung der Erörterungen über die Vertretung der Ukraine und ihre Berechtigung. Die Lage scheine ihm kurz die zu sein, daß das Bestehen einer freien ukrainischen Volksrepublik von keiner Seite in Frage gestellt werde, daß aber zwei konkurrierende Körperschaften behaupteten, berechtigt zu sein, international eine freie ukrainische Volksrepublik zu vertreten. Die verbündeten Delegationen würden diese wichtige Frage mit Gründlichkeit prüfen.

Graf Czernin trat diesen Erklärungen bei und regte an, daß inzwischen die Kommission für territoriale Fragen ihre Arbeiten wieder aufnehme. Diesem Vorschlag schloß sich Herr Trotzki an. Dann gab der Volkskommissar noch die Erklärung ab, daß das Petersburger Telegraphenbureau jene Depesche, die den Verlauf des Protokollwechsels der ersten Sitzungen falsch dargestellt hat, überhaupt nicht aufgegeben habe.

Darauf wurde die Sitzung geschlossen und in die Beratung der Kommissionen eingetreten.

Die Streikbewegung.

Eingreifen des sozialdemokratischen Parteiausschusses.

Berlin, 31. Januar.

Wie die Voss. Ztg. berichtet, ist der sozialdemokratische Parteiausschuß, der seit Kriegsbeginn immer häufiger zusammengetreten ist, um an Stelle des Parteitages wichtige Entscheidungen zu treffen, für gestern abend nach Berlin einberufen worden, um zu der durch die Ausdehnung des Streiks geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. In dieser Sitzung beriet der Parteiausschuß über die Aufstellung eines eigenen Programms, das eine geeignete Grundlage für Verhandlungen mit der Regierung bieten soll. Wesentlich sind darin die Beschränkung auf innerpolitische Forderungen und die Streichung aller von den ausständigen Arbeitern geäußerten Wünsche außerpolitischer Art.

Verbot des Arbeiterrats.

Das Oberkommando in den Marken veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Aus den Meldungen über den Verlauf der gegenwärtigen Streikbewegung in Groß-Berlin habe ich ersehen, daß sich ein Ausschuß der Ausständigen unter dem Namen „Arbeiterrat" gebildet hat, um die einheitliche Leitung des Streiks in die Hand zu nehmen. Die Ausstandsbewegung, die unter Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen ins Leben getreten ist, gefährdet die öffentliche Sicherheit. Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand löse ich hiermit den genannten Ausschuß auf und verbiete ihm jedes weitere Zusammentreten. Gleichzeitig verbiete ich jede Bildung irgendeiner neuen Vereinigung zur Leitung der gegenwärtigen Streikbewegung.

Die Lage im Reiche.

Düsseldorf. Die Streikbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat am 30. Januar keine Fortschritte gemacht.

Barmen. Der Streik der Rüstungsarbeiter hat nur geringen Umfang und umfaßt etwa 500—600 Mann. Alles ist ruhig; die Arbeiterorganisationen ermahnen zur Ruhe und Wiederaufnahme der Arbeit.

Hamburg. Wie dem B. L.-A. gemeldet wird, ist aus Anlaß des Streiks der Hamburger Werftarbeiter von dem stellvertretenden Generalkommando des IX. Armeekorps der verschärfte Kriegszustand über Hamburg, Altona und Wandsbek verfügt worden. Eine neuerliche Verfügung des stellvertretenden Oberkommandos besagt, daß die Kriegsbetriebe unter militärische Leitung gestellt werden, und daß die Arbeiter, die bis zum 31. Januar nicht zur Arbeit erscheinen, zum Heeresdienst eingezogen werden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✦ Eine Anzahl von Mitgliedern der nationalliberalen Partei in Preußen verbreitet eine **Erklärung gegen eine Verschleppung der Wahlreform**, die an die nationalliberalen Vertreter im Abgeordnetenhause gerichtet ist. Es heißt darin u. a.: „Unbeschadet der grundsätzlichen Stellung über die Vorzüge der Gleichheit oder Abstufung, halten wir es für eine geschichtliche Notwendigkeit, die von unserem Könige zugesagte und vorgeschlagene Gleichheit des Wahlrechtes anzunehmen und dadurch die unter dem Kriege schwer leidende Gesamtheit unseres Volkes mit dem Bewußtsein der Gleichberechtigung in unserem staatlichen Leben zu erfüllen." Die Unterzeichner erwarten von diesem Schritt eine Stärkung der vaterländischen Opferwilligkeit in den Kreisen, ohne die ein siegreicher Friede nicht zu erreichen ist.

✦ Der **Wahlrechtsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses** beschloß gegen die Stimmen der Fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokraten und Polen, der Vorlage einen § 1a einzufügen folgenden Wortlauts: Als Mitglied des Herrenhauses ist derjenige volljährige Agnat, der der Krone am nächsten steht, nach erreichter Volljährigkeit zu berufen. Ferner wurden angenommen § 2, nach dem Mitglieder des Herrenhauses diejenigen Prinzen des Königlichen Hauses und des fürstlichen Hauses Hohenzollern sind, die nach erreichter Volljährigkeit vom König berufen werden, ferner die Häupter der nach der deutschen Bundesakte vom 8. Juni 1815 zur Standschaft berechtigten vormaligen deutschen reichsständischen Häuser in Preußen, wenn sie berufen werden. Der ebenfalls angenommene § 3 bestimmt, daß auf Grund von Präsentation berufen werden 18 Mitglieder als Vertreter der Fürsten, Grafen, Herren, 32 Vertreter der erbberechtigten Personen